



RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de
Erscheint werktäglich in 8 Ausgaben



Abo-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, vertriebsservice@rnz.de
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, rnz-anzeigen@rnz.de
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, rnz-kontakt@rnz.de

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

78. Jahrgang / Nr. 153

Mittwoch, 6. Juli 2022

Einzelpreis 2,40 €

HEUTE



Maria erreicht Halbfinale

Tatjana Maria hat das Viertelfinale gegen Jule Niemeier in Wimbledon gewonnen. Die 34 Jahre alte, zweifache Mutter erreichte erstmals in ihrer langen Karriere das Halbfinale bei einem Grand-Slam-Turnier. > Sport S. 23

Rücktritte aus Protest gegen Johnson

Im Zuge des Skandals um sexuelle Belästigung durch ein führendes Tory-Fraktionsmitglied sind in Großbritannien zwei Minister zurückgetreten: Finanzminister Rishi Sunak und Gesundheitsminister Sajid Javid. Sie kündigten am Dienstagabend ihren Rückzug an und kritisierten Premierminister Boris Johnson scharf. > Politik S. 18

Streit um Wahlreform

Die Ampelkoalition klopft die Eckpunkte für ein reformiertes Wahlrecht fest. Die Union hält das für verfassungswidrig und will gegen den Wegfall von Überhangmandaten klagen. > S. 2 / Politik S. 18

Woody Allen feiert das Kino

In seiner neuen Filmkomödie „Rifkin's Festival“ feiert der New Yorker Regie-Altmeister Woody Allen das europäische Kino. > Feuilleton S. 11

Flug gestrichen und Koffer weg

Annullierte Flüge, Verzögerungen an den Airports: Urlauber blicken teils mit Sorge auf ihre Sommerreise – und nicht bei jedem werden die erhofften Ferien reibungslos ablaufen. Was gilt dann? > Service S. 15

SIEBEN-TAGE-INZIDENZ

Heidelberg	796,9 (+ 12,6)
Rhein-Neckar-Kreis	752,2 (+ 13,4)
Neckar-Odenwald-Kreis	769,8 (+ 8,3)
Mannheim	625,7 (- 19,4)
Heilbronn	605,7 (+ 19,7)
Kreis Heilbronn	589,8 (+ 6,9)

(Quelle: Landesgesundheitsamt, 5. 7. 2022; in Klammern Veränderungen zum Vortag)

RNZ.DE

Die RNZ-Newsletter senden wir Ihnen auf Ihr Smartphone – so funktioniert's: www.rnz.de/newsletter

FINANZMARKT

Dax:	12.401,20 Punkte (-2,91 %)
Gewinner:	Sartorius (+2,28 %)
Verlierer:	MTU Aero Engines (-7,83 %)
Euro:	1,0290 (1,0455)
Dollar:	0,9718 (0,9565)

KALENDERBLATT

Geburtstage: Tenzin Gyatso (87, buddhistischer Mönch und amtierender Dalai Lama), Sylvester Stallone (76, US-Schauspieler, Regisseur und Drehbuchautor „Rocky“)
Namenstag: Marietta, Isaias
Weitag: Internationaler Tag des Kusses

WETTER

Überwiegend freundlich, nur vereinzelt Wolken.
> S. 14
+ 26 / 13



Heute schon geküsst?

Es ist gesund, macht glücklich und stärkt die Bindung zwischen Menschen: Am „Tag des Kusses“ wird das Busserln ganz besonders gefeiert. Aus aller Welt S. 13

Foto: Getty Images/RNZ-Reprow

Regierung will den Gasmarkt stützen

Bund kann künftig bei Versorgern einsteigen – Neues Umlage-Verfahren kommt – Koalition einigt sich beim Ökostrom-Ausbau

Berlin/Kiew. (dpa) Die Bundesregierung will in der Gaskrise mit der Stützung von Energieunternehmen Verbraucher vor Preisexplosionen bewahren. Dazu könnte der Staat mit Milliarden-Steuergeldern bei angeschlagenen Firmen wie Uniper einsteigen. Um dies zu erleichtern, brachte das Kabinett am Dienstag gesetzliche Änderungen auf den Weg. Geplant ist außerdem als Option ein Umlagesystem, damit Preissprünge beim Gas für Energieversorger gleichmäßiger an Kunden weitergeben werden können. Die Bundesregierung will aber verhindern, dass dieses Instrument zum Einsatz kommen muss. „Die Lage am Gasmarkt ist angespannt, und wir können eine Verschlechterung der Situation leider nicht ausschließen“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck.

> Einigung beim Ökostrom: Mit einem umfassenden Gesetzespaket will die Ampel-Koalition Bremsen beim Ausbau des Ökostroms aus Wind und Sonne lösen. Die Koalitionsfraktionen im Bundestag einigten sich auf zahlreiche Maßnahmen. Vor allem die FDP hatte eine Reihe von Änderungen am sogenannten „Osterpaket“ von Habeck gefordert. Gegenüber der vom Kabinett bereits gebilligten Fassung entfällt das Ziel, dass ab dem Jahr 2035 die Stromerzeugung nahezu treibhausgasneutral erfolgen soll. Es bleibt aber beim Ziel, dass bis 2030 der Anteil an grünem Strom auf 80 Prozent steigen

soll. Eine Schlüsselrolle sollen deutlich mehr Windräder spielen.

> Nato-Beitritte unterzeichnet: Die Nato hat den Ratifizierungsprozess für den Beitritt Finnlands und Schwedens eingeleitet. Die 30 Botschafter unterzeichneten am Dienstag in Brüssel die Beitrittsprotokolle für die beiden nordischen Länder. „Dies ist ein guter Tag für Finnland und Schweden und ein guter Tag für die Nato“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Der Beitritt muss von den Nato-Mitgliedern gebilligt werden. In Deutschland sollen Bundestag und Bundesrat am Freitag das Verfahren abschließen.

Inflation treibt den Südwesten um

Hohe Energiekosten und teurere Lebensmittel: Die steigenden Preise belasten die Baden-Württemberger. Jeder Vierte der Befragten im aktuellen BaWü-Check empfindet die Entwicklung sogar als besonders gravierend. Im Alltag wird entsprechend gespart – beispielsweise beim Auto, beim Restaurantbesuch, beim Kauf von Kleidung.

> Staat soll Gürtel enger schnallen: Nicht nur die Menschen im Südwesten versuchen zu sparen, auch das Land soll seine Ausgaben reduzieren. 78 Prozent

> Tote in Slowjansk: Bei russischen Raketenangriffen auf die ostukrainische Stadt Slowjansk sind am Dienstag nach ukrainischen Angaben mindestens zwei Menschen getötet worden. Sieben weitere seien verletzt worden, erklärte der Gouverneur der Region Donezk, Pawlo Kyrlyenko. Bürgermeister Wadym Liach berichtete von „massivem Bombardement“.

> Regeln für Wiederaufbau: Zum Abschluss einer zweitägigen Wiederaufbau-Konferenz für die Ukraine haben rund 40 Staaten dem kriegszerstörten Land ihre Unterstützung bis zur vollständigen Erholung zugesichert. In einer Erklärung legten

sie Prinzipien fest, die einen transparenten Einsatz der Mittel ohne Korruption sichern und die rechtsstaatliche Entwicklung der Ukraine stärken soll. Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) kündigte an, dass Deutschland 2024 eine Nachfolgekonzferenz ausrichten wolle.

> Melnyk erklärt sich: Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk hat nach tagelangem Schweigen den Vorwurf zurückgewiesen, er habe mit Äußerungen über den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera den Holocaust verharmlost. „Jeder, der mich kennt, weiß immer habe ich den Holocaust auf das Schärfste verurteilt“, schrieb Melnyk am Dienstag. Die Vorwürfe seien „absurd“. Mehrere Medien berichteten, Melnyk solle im Herbst abberufen werden und ins Außenministerium nach Kiew wechseln.

> Bundeswehr hat keine Transportpanzer abzugeben: Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, sieht eine Abgabe von Transportpanzern Fuchs an die Ukraine skeptisch. Diese dürfe „nicht zulasten unserer eigenen Einsatzbereitschaft beziehungsweise Verteidigungsfähigkeit gehen“, sagte er. „Wir brauchen diese Fahrzeuge.“



der Befragten sehen Einsparpotenziale bei großen Bauprojekten.

> Neun-Euro-Ticket begeistert die Jugend: Zwei Drittel der Unter-30-Jährigen haben bereits das Ticket erworben oder planen den Kauf eines solchen. > Südwest S. 16

AUS DER REGION

Homeoffice-Regelung bei SAP ausgelassen

Walldorf. (mk) Nach über zwei Jahren ist Ende Juni auch bei dem Softwarekonzern SAP die Homeoffice-Regelung ausgelassen. Für die Zukunft diskutierten Geschäftsführung und Betriebsrat gerade die Notwendigkeit einer neuen Betriebsvereinbarung, sagte ein Unternehmenssprecher am Dienstag. Unternehmensebene weiter möglich, müsse aber mit dem jeweiligen Vorgesetzten abgesprochen werden. Gleichzeitig verlängerte die SAP die Corona-Schutzmaßnahmen in den Bürogebäuden bis auf Weiteres. Das bedeute unter anderem, so der Sprecher, dass die Mitarbeiter stets eine Schutzmaske bei sich führen müssten. Immer wenn Mindestabstände nicht eingehalten werden könnten, müsse die Maske getragen werden. > Wirtschaft S. 21

„Weiße Flotte“ muss ausweichen

Heidelberg. (hob) Die Fahrgastschiffe der „Weißen Flotte“ können derzeit nicht an ihrem angestammten Platz in Höhe der Heidelberger Stadthalle anlegen. Der Grund: Am Montag hat die Sanierung des vierten Pfeilers der „Alten Brücke“ begonnen, er muss dafür trockengelegt werden. Das zuständige Tiefbauamt der Stadt hat für diese Bauphase zwei Wochen veranschlagt. In dieser Zeit ist die Frachtschiffahrt auf dem Neckar wegen Arbeiten an den Schleusen in Schwabenheim und in Mannheim ohnehin unterbrochen. Weiße-Flotte-Kapitän Karl Hofstätter und seine Crew müssen während der Arbeiten auf einen Behelfsanleger am Neckarmünzplatz ausweichen und hoffen, dass die Sperrung für die Schlossbeleuchtung am Samstag aufgehoben wird. > Heidelberg

Geldstrafe nach Rathaus-Rauswurf

Neckargemünd/Heidelberg. (cm) Der Eklat um den Rauswurf eines Bürgers aus dem Neckargemünder Ratssaal im Jahr 2018 hat am Dienstag erneut die Justiz beschäftigt. Angeklagt war der Unternehmensberater aus Neckargemünd, der damals bei einer Sitzung des Gemeinderates von Bürgermeister Frank Volk des Saales verwiesen worden war. Der 73-Jährige hatte sich seinerzeit vor dem Verwaltungsgericht gegen den Rauswurf gewehrt und eine eidesstattliche Versicherung abgegeben. In dieser hatte er behauptet, in der Sitzung nicht vom Bürgermeister ermahnt worden zu sein. Das Heidelberger Amtsgericht kam nun zu dem Schluss, dass diese Behauptung falsch war. Es verurteilte den Mann zu einer Geldstrafe über 12 600 Euro.

DIE ECKE

Begriffsklärung

Etwas Begriffsklärung muss sein, bevor Olaf Scholz den Taktstock hebt: Konzertiert heißt nicht konzertant. Der Unterschied zwischen einem „abgestimmten“ Verhalten und einer philharmonischen Orchesterleistung kann erheblich sein. Niemand sollte daher von Politik und Tarifpartnern bei der Konzertierten Aktion II zu viel erwarten. Im Kampf gegen die Rezession ist gefragt, was der nachgereifte SPD-General Kühnert mit „Frickelwerk“ beschreibt – dem Priemeln und Herumbasteln am Ampel-Vertrag. Denn, und das geht an die FDP, die Welt hat sich weitergedreht. Was nach mehr Schulden riecht und die Gießkanne als Leit-Instrument ins Spiel bringt. Denn der Beifall für das konzertierte Werk orientiert sich am verteilten Steuergeld und nicht am Wohlklang.